

Ministerpräsident Armin Laschet  
Platz des Landtags 1  
40002 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME**  
**17/2447**

Alle Abg

03.04.2020

### **Offener Brief an den Ministerpräsidenten NRW zum geplanten Epidemiegesetz**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
wir wenden uns mit diesem offenen Brief an Sie, um Ihnen zu versichern, dass die Ärztinnen und Ärzte in diesem Land alles tun und tun werden, um zu helfen, die Corona-Krise durchzustehen. Wir glauben dies auch für die Vielzahl der Beschäftigten im Gesundheitssystem sagen zu können. Das ist Teil unserer Professionalität, unserer ethischen Verantwortung und selbstverständlich unserer Solidarität. Das entspricht im Übrigen auch den Rückmeldungen, die wir von vielen Menschen bekommen.

Wir Neurologen, Nervenärzte und Psychiater versichern Ihnen, dass wir alle unsere Kräfte zur Verfügung stellen, unsere Patienten, darunter viele chronisch Erkrankte und Schwerkranke, nicht nur weiterzuversorgen, sondern ihnen gerade auch in diesen Zeiten der Angst und existenziellen Verunsicherung zur Seite zu stehen.

Die Politik hat bis jetzt mit bemerkenswerter Schnelligkeit und Besonnenheit reagiert. Dies findet unsere uneingeschränkte Zustimmung. Die Erkenntnisse der Virologen und Infektionsmediziner scheinen den bisherigen Maßnahmen rechtzugeben. Die Kontaktsperren sind vor diesem Hintergrund sinnvoll, da sie den Hauptinfektionsquellen im öffentlichen Raum Grenzen setzen. Die eigentlichen Virusbrutstätten sind jetzt deshalb weniger Coronapartys, sondern zunehmend Krankenhäuser, Altenheime und Pflegeeinrichtungen. Die Mitarbeiter dort werden allerdings meist erst getestet, wenn sie Symptome zeigen. Notwendig sind hingegen regelmäßige und präventive Tests, um Infizierte isolieren zu können. Weiterhin ist ein umfassender Schutz mit einfachen Maßnahmen in Form von Schutzkleidung absolut notwendig. Dies mit höchster Priorität sicherzustellen ist die wichtigste Maßnahme und würde allen Pflegerinnen und Pflegern, Altenpflegerinnen und -pflegern sowie Ärztinnen und Ärzten nicht nur helfen, sondern auch das Gefühl geben, dass ihr Einsatz wertgeschätzt wird – trotz Angst um das eigene Leben und das ihrer Angehörigen.

Wenn nun gerade Vertreter dieser Berufsgruppen hören müssen, dass hier Gesetze in kürzester Zeit verabschiedet werden, die dafür sorgen, dass bei etwaiger Zuspitzung der Krise noch mehr Mitarbeiter im Gesundheitssystem ohne ausreichenden Schutz zwangsrekrutiert und an „die Front“ geschickt werden, dann trifft dies verständlicher Weise - euphemistisch ausgedrückt - auf breites Unverständnis.

Die Krankenhäuser haben gerade die Beatmungskapazitäten mit größter Anstrengung und Motivation trotz Personalknappheit erheblich erhöht, die vielen niedergelassenen Kollegen halten derzeit 4/5 aller Corona-Patienten aus den Krankenhäusern fern und versuchen nebenbei noch irgendwie, die Versorgung der Nicht-Corona-Patienten (die gibt es ja auch noch) aufrechtzuerhalten. Die Politik ist schlecht beraten, diese Motivation durch vorschnelle und kontraproduktive Gesetze zu brechen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, setzen Sie andere Prioritäten! Das Epidemiegesetz setzt derzeit an dieser Stelle das völlig falsche Signal.

Die vielen Mitarbeiter aus den Heimen, Pflegeberufen, Praxen und Kliniken setzen sich bereits jetzt hochmotiviert für die Gesundheit der Menschen in diesem Land ein und werden dies selbstverständlich und mit intrinsischer Motivation auch für den Fall weitermachen, dass die Krise eskaliert.

Zwangsrekrutierungen helfen jetzt gar nicht. Die Gesetzesentwürfe lenken von den Versäumnissen der Politik in der Vergangenheit ab, was die Verfügbarkeit von Schutzkleidung und zunehmend auch von Medikamenten anbetrifft. Für diese Versäumnisse sollte jetzt keiner verantwortlich gemacht werden, wir sollten vielmehr alle mit vereinter Kraft nach vorne schauen. Aber Aktionismus ist jetzt nicht das Gegengift, sondern kluges und weitsichtiges Handeln. Wir brauchen Tests, Schutzkleidung und Medikamente. Soweit das Epidemiegesetz hierbei hilft, haben Sie unsere volle Unterstützung. Was wir nicht brauchen sind Zwangsmaßnahmen und Kriegsrhetorik, sondern weiterhin engagiertes und beherrztes Handeln, Solidarität und Zuversicht.

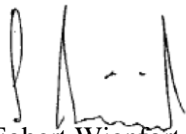
Wir sind weiter unverändert für die Menschen in diesem Land da, jetzt und in der Zukunft!

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Psychiater, Neurologen und Nervenärzte in Nordrhein



Dr. Uwe Meier  
Vorsitzender Berufsverband Deutscher Neurologen, BDN  
Präsident Spitzenverband ZNS SpiZ



Egbert Wienfort  
Vorsitzender Berufsverband Deutscher Nervenärzte BVDN Nordrhein  
Vorstand Berufsverband Deutscher Psychiater BVDP



Professor Gereon Nelles  
Vorsitzender Berufsverband Deutscher Nervenärzte BVDN Nordrhein  
Vorstand Berufsverband Deutscher Nervenärzte Bund BVDN